

Die chinesische Regierung ist immer für einen kernigen Spruch gut, wenn es um ihre angeblichen Ansprüche auf Inseln im Süd- oder Ostchinesischen Meer geht. Jetzt empfahl der Außenminister, die Welt solle sich nicht über chinesische Raketen echaufieren, sondern endlich einmal die vielen Leuchttürme zur Kenntnis nehmen, die China errichtet habe. Das soll wohl ein Beitrag zur Verkehrssicherheit sein. Abgesehen davon, dass es bisher auch ohne die chinesischen Leuchttürme ganz gut ging: Weder ein Leuchtturm noch eine Rakete begründen einen Anspruch auf ein Territorium. Sie zeigen allerdings, dass China nicht die Absicht hat, auf irgendjemand Rücksicht zu nehmen. Dass es sich damit keine Freunde macht, ist den von ihrer wachsenden Macht Berauschten in Peking offenbar gleichgültig. Der amerikanische Präsident hat beim Treffen mit den südostasiatischen Staaten (die unter Pekings aggressiver Politik leiden) gesagt, Amerika werde seine Verbündeten nicht im Stich lassen. Was solche Worte wert sein können, weiß man allerdings seit den berühmten „roten Linien“ aus Syrien.

Gefangenes Frankreich

Es liegt auf der Hand, dass das Strafverfahren gegen Nicolas Sarkozy ein ernstes Problem für seine politischen Ambitionen ist. Wer wählt schon gerne einen Politiker, gegen den die Justiz ermittelt? Im Fall des früheren Präsidenten kommt hinzu, dass er sich immer gerne als Law-and-order-Mann inszeniert hat, weshalb er nun ein Glaubwürdigkeitsproblem bekommt. Auf den ersten Blick könnte das seinem innerparteilichen Rivalen Alain Juppé in die Hände spielen, der sich in jüngster Zeit schon geschickt als seriöser Gegenkandidat zu Sarkozy etablieren konnte. Allerdings hängt auch Juppé eine Parteifinanzierungsfähe aus der Vergangenheit nach, wegen der er sogar zu einer Bewährungsstrafe verurteilt wurde. Die französische Politik bleibt gefangen zwischen etablierten Parteien, die mit Affären beladen sind und in den Augen vieler Wähler die schlechte Verfassung des Landes zu verantworten haben, und den Schreihälsen des Front National, die noch nie beweisen mussten, dass sie die Nation besser führen können. Leider sieht es in immer mehr Ländern Europas ähnlich aus.

Papst an der Grenze

Im amerikanischen Vorwahlkampf, Abteilung Republikaner, ernten diejenigen Bewerber den meisten Applaus, die sich über illegale Einwanderung besonders scharf äußern; jene, die auch nur den geringsten Anlass für den Verdacht geben, „soft“ zu sein, bekommen das Missfallen der potentiellen Wähler fast körperlich zu spüren. Dass der Volkszorn im Moment so wütet, hat auch mit dem Thema Einwanderung zu tun, der legalen wie der illegalen. Es ist also mehr als politisch pikant, wenn Papst Franziskus an der Grenze zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten, auf mexikanischer Seite, die heilige Messe feiert. Die Botschaft des Papstes ist klar: Er mahnt, in Einwanderern keine Bedrohung zu sehen, und fordert deren menschenwürdige Behandlung – keine Abriegelung der Grenze, keine Mauer und kein Stacheldraht also! Wie werden die amerikanischen Katholiken, zum Beispiel die in den südwestlichen Bundesstaaten, die Mahnung des Papstes aufnehmen? Die Wähler, die den Republikanern zuneigen, gleichzeitig die (moralische) Autorität des Papstes anerkennen, befinden sich jedenfalls in einem Dilemma.

In einer politischen Gemeinschaft muss sich jedes Mitglied täglich neu entscheiden, ob seine Eigenheit oder die Gemeinsamkeit das Wichtigere ist. Wenn diese Entscheidung einmal zugunsten der Eigenheit getroffen wird, ist es nur eine Frage der Zeit, wann sie zugunsten der Gemeinsamkeit revidiert werden muss. Sonst geht Schritt für Schritt die Gemeinsamkeit zugrunde, für die sich jedoch jedes Mitglied einst aus Eigennutz – nicht aus Mitleid mit den anderen – langfristig entschieden hatte. Deutschland steht vor einem wegweisenden EU-Gipfeltreffen. Alle Mitglieder der EU stehen vor der Entscheidung, was sie für die Gemeinsamkeit an stolzen Eigenheiten aufgeben oder zurücknehmen müssen. Die Bundesrepublik ist stolz auf ihre Flüchtlingspolitik. Sie wurde dafür bezeichnenderweise am Holocaust-Gedenktag gelobt. Die in Wien geborene Amerikanerin Ruth Klüger sagte: „Dieses Land, das vor 80 Jahren für die schlimmsten Verbrechen des Jahrhunderts verantwortlich war, hat heute den Beifall der Welt gewonnen, dank seiner geöffneten Grenzen und der Großzügigkeit, mit der Sie syrische Flüchtlinge aufgenommen haben und

Zeitgeschehen

Deutschlands Canossagang

Merkel muss in der Flüchtlingspolitik Einsicht zeigen / Von Georg Paul Hefty

noch aufnehmen.“ Die Volksvertretung hat dieser Aussage heftig applaudiert – und damit auch der Bundesregierung und dem Volk, die sich die Willkommenskultur zum Markenzeichen erkoren haben. Es ist klar, dass sich Deutschland dieses Markenzeichens nicht mehr entledigen will, auch nicht der Gemeinsamkeit mit den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union zuliebe. Nach den Berichten und Kommentaren der vergangenen Tage gerät Deutschland jedoch zunehmend in eine einsame Stellung in der Union, welche die einen als Höhe preisen, die anderen aber als Ecke erkennen. Unter 28 Staaten der einzige Gerechte zu sein muss nachdenklich stimmen. Ist man in falscher Gesellschaft, oder hat man selbst etwas falsch gemacht? In der in Deutschland geführten politischen Debatte lassen es die anderen europäischen Staaten an Solidarität mit uns fehlen, und viele Deutsche mutmaßen, einige der europäischen Nachbarstaaten würden gar die europäischen Werte verraten. Unter denen, die so argumentieren, sticht wohl am lautes ten merkwürdigerweise der Europapolitiker Martin Schulz hervor. Seinen Worten suchen er und seine Herolde dadurch Ge-

wicht zu geben, dass sie sein Amt als Präsident des Europäischen Parlaments hervorheben, dabei verhält sich Schulz mit seinen Aussagen lediglich wie einer der aufsehensbedürftigen Europaabgeordneten aus dem Westen Deutschlands. Kein Ausländer und auch kein europäischer Mitgliedstaat kann von Deutschland verlangen, dass es sein neu gewonnenes Markenzeichen aufgibt. Aber Deutschland wird nichts anderes übrigbleiben, als Zeichen der Einsicht zu zeigen. Es kommt nun darauf an, wie es seinen Canossagang gestaltet: Beharrend auf seinem Rechthaben oder mit Eingeständnissen dort, wo es um die Vorgeschichte geht. Solidarität ist nämlich ein Begriff, der zum einen eine Haltung und zum anderen ein Handeln ausdrückt. Deutschland kann seine Haltung gut rechtfertigen, aber sein Handeln war fehlerhaft. Dabei geht es nicht um die Unzulänglichkeiten der Erfassung der Einwanderer, sondern um ein politisch viel schwerwiegenderes Versäumnis. Die Bundeskanzlerin hat ihre Entscheidung zur unbegrenzten Aufnahme von Flüchtlingen in den Tagen vor dem 4. und 5. September getroffen. Sie hat – weil das Problem für die Bundesre-

gierung nicht unabsehbar gewesen sein kann – in den Wochen davor jedoch zwei grundlegende Dinge versäumt: sie hat nicht die Ministerpräsidenten der Länder zusammengerufen, um mit ihnen sichtbar über ihr Vorhaben zu beratschlagen, und sie hat nicht darauf bestanden, dass alle Staats- und Regierungsschefs der EU zusammenkommen, um vor den Augen der europäischen Öffentlichkeit mit ihnen die Vor- und Nachteile der angestrebten deutschen Grenzöffnung zu erörtern und nach Möglichkeiten des gemeinsamen Handelns zu suchen. Stattdessen hat sie zum einen ein Mitgliedsland an der Außengrenze desavouiert und gleichzeitig pauschal die Sicherung der Außengrenzen verlangt, und zum anderen haben ihre exklusiven Absprachen mit dem Österreicher Faymann und dem Franzosen Hollande die anderen vor den Kopf gestoßen. Wenn die Kanzlerin eingesteht, dass sie zwar nicht in der Sache, aber in der Vorbereitung Wichtiges versäumt hat, dann bekommt das Wort von der Solidarität neues Gewicht, denn Solidarität besteht nicht nur in der Verteilung von Lasten, sondern auch im Streben nach Vermeidung von Lasten.



Filippo GRANDI Foto AFP

Krisenmanager

Auch wenn die Genfer Verwaltungsbäude, Gehälter und Mitarbeiterzahlen imposant scheinen, so ist das UN-Flüchtlingswerk UNHCR bislang eher eine Nothilfeabteilung gewesen, die in Zeithorizonten von selten mehr als sechs Monaten plant. Früher ging es mehr darum, ad hoc auf eine neue Flüchtlingskrise in Afrika oder im Nahen Osten zu reagieren. Diese Haltung wurde dadurch verstärkt, dass das UNHCR nur einen geringen festen Haushalt hat und sich den allergrößten Teil des Etats beständig neu bei Staaten, Organisationen und Unternehmen zusammensuchen muss. Dies könnte sich für einen großen Teil der UNHCR-Angestellten bald ändern. „Wir leben in einer Welt der Notfälle, Kriege und Katastrophen“, sagte der neue Hochkommissar für Flüchtlinge, Filippo Grandi, wenige Wochen nach seinem Amtsantritt im Januar. „Aber wir sollten nicht vergessen, dass der UNHCR ein doppeltes Mandat hat – das eine ist es, Flüchtlinge zu schützen. Das andere Mandat ist es, selbst an Lösungen mitzuarbeiten, um Flüchtlingskrisen zu verhindern. Das schulden wir den Staaten, in denen wir arbeiten.“ Der Italiener steht dabei noch unter dem Eindruck der seit Jahrzehnten ungelösten palästinensischen Flüchtlingskrise, die er hautnah miterlebt hat. Von 2005 bis 2015 leitete Grandi das UN-Hilfswerk UNRWA, das sich um die fast fünf Millionen palästinensischen Flüchtlinge im Westjordanland, im Gazastreifen, in Jordanien, im Libanon und in Syrien kümmert – Menschen, die ihren Flüchtlingsstatus bereits von den Vätern vererbt bekommen. Eine andauernde Krisensituation droht nun auch in und um Europa. Grandis Amtszeit wird davon ausgefüllt sein, die UN-Behörde neu auszurichten, um langfristig wirken zu können. Dazu gehört, dass das UNHCR immer politischer wird. Schon Grandis Vorgänger António Guterres war zuletzt immer wieder bei Gipfeltreffen zur Flüchtlingskrise in Brüssel dabei – das gab es so früher nicht. Diskutiert wird etwa die Vorbereitung und Durchführung von Umsiedlungsprogrammen in großem Umfang. Dies war auch am Mittwoch in Berlin Gesprächsthema, wo Grandi erstmals mit Bundespräsident Joachim Gauck, Innenminister Thomas de Maizière und Entwicklungsminister Gerd Müller zusammentraf. Ein anderes Anliegen Grandis war die Einwerbung von Spenden. Sein Vorgänger António Guterres galt dahin gehend als ein Meister seines Fachs, indem er in den zehn Jahren seiner Amtszeit das UNHCR-Budget von einer Milliarde Euro auf sieben Milliarden erhöhte. Dem 1957 in Mailand geborenen Philosophen und Historiker Grandi mag das Charisma des früheren portugiesischen Ministerpräsidenten Guterres fehlen. An Erfahrung aber mangelt es ihm nicht. Grandi hat sein ganzes Berufsleben in den Strukturen der UN verbracht. 1988 begann er seine Karriere beim UNHCR, wo er neben anderen die Notfallmission in Kongo nach dem ruidischen Völkermord leitete. Von 2004 bis 2005 führte er die politische Abteilung der UN-Mission in Afghanistan an, bevor er zum UNRWA wechselte. Nun hat er einen der höchsten und mittlerweile wichtigsten Posten der Vereinten Nationen übernommen.

Fremde Federn: Jacques Delors und Hans-Gert Pöttering

Europa muss sich ändern

Die Europäische Union ist derzeit nur bedingt handlungsfähig. Auf ehrgeizige Verlautbarungen folgten oft keine Taten: Das gemeinsam vereinbarte Regelwerk wurde in der Wirtschafts- und Finanzkrise missachtet, und die angekündigte Verteilung von 160 000 Flüchtlingen ist nicht einmal ansatzweise erfolgt. Ein solches Europa verspielt das Vertrauen seiner Bürgerinnen und Bürger. Als überzeugte Europäer können wir vor diesen Entwicklungen nicht die Augen verschließen. Europa muss sich ändern. Doch was ist zu tun? Die Abkehr von Europa zugunsten einer Renationalisierung führt in die Irre. Ein Zurückdrehen des Einigungsprozesses verheißt zudem ein düsteres Zukunftsszenario: Ein Abschied von der gemeinsamen Währung hätte schwerwiegende Folgen für die Wirtschaft. Die Wiedereinführung von Schlagbäumen und Wechselstuben wäre im Alltag eines jeden Europäers zu spüren. Der Ausweg aus der Krise liegt vielmehr in einer Stärkung Europas. Die Lösung der Flüchtlingskrise wird ohne eu-

ropäische Solidarität nicht gelingen: Dies bedeutet Solidarität mit den Ländern, welche die meisten Flüchtlinge aufnehmen, aber auch Solidarität mit denen, die über Jahre mit den Flüchtlingsströmen alleingelassen wurden. Die letzten Monate haben gezeigt, dass die bestehenden EU-Regeln nicht ausreichen. Zwei Dinge sind deshalb notwendig: zum einen ein gemeinsames europäisches Asylsystem mit dem Ziel, einen fairen und permanenten Verteilungsmechanismus zu schaffen. Das erfordert, dass die Registrierung von Flüchtlingen durch die EU gemeinsam erfolgt, wenn Mitgliedsländer allein damit überfordert sind. Die Kriterien zur Anerkennung der Schutzbedürftigkeit und die sozialen Standards für Flüchtlinge müssen europaweit angeglichen werden. Zum anderen geht es um den Schutz der EU-Außengrenze als gemeinsame Aufgabe. Der Einsatz eines finnischen Grenzpolizisten etwa an der EU-Außengrenze Griechenlands muss zur Normalität werden. Die Stärkung der Außengrenze ist nicht gleichbedeutend mit einer Abschottung der EU. Sie ist die Notwendigkeit dafür, dass in Zukunft eine geordnete Zuwanderung möglich ist und sich auch weiterhin die Bürger frei in der Union bewegen können. So wie die Flüchtlingskrise nicht rein nationalstaatlich gelöst werden kann, ist Krieg und Terrorismus ebenso europäisch zu begegnen. Europa kann und darf sich niemals als eine Insel der Glückseligkeit verstehen, die sich einigeln kann, um von den unangenehmen Realitäten verschont zu bleiben. Es liegt im Eigeninteresse der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten, die wirtschaftliche und politische Modernisierung in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft noch stärker als bisher zu unterstützen. Europa wird letztlich scheitern, wenn sich Mitgliedstaaten, aber auch Bürgerinnen und Bürger nicht als Teil einer Wertegemeinschaft begreifen. Dies bedeutet nicht die Verneinung kultureller, religiöser und gesellschaftlicher Traditionen der Mitgliedstaaten – im Gegenteil. Die Wertegemeinschaft bedeutet vielmehr eine Rückbesinnung auf den gemeinsamen Grundwertekern der europäischen Einigung: die Würde des Menschen, Frei-

heit, Demokratie, Recht und Frieden. Das heißt auch, die Kritiken und Ängste der Bevölkerung ernst nehmen und sie an der Diskussion über die notwendige Vertiefung der Union beteiligen. Hier kann das in diesem Jahr in Brüssel zu eröffnende „Haus der Europäischen Geschichte“ eine Initialzündung für eine breitere europaweite Debatte sein. Dieser Dialog über unsere gemeinsame Zukunft muss ohne moralisierendes Anprangern geführt werden. Die aktuellen Krisen stellen die EU und unser Wertegerüst auf eine harte Probe. Europa muss sich jetzt auf seine Kernanliegen konzentrieren. Die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union können wir uns nicht leisten. Den Worten müssen Taten folgen. Dafür brauchen wir den Mut, uns in Europa aus unserem Eigeninteresse heraus solidarisch zu verhalten. Darin muss sich Europa ändern. Jacques Delors, Präsident der Europäischen Kommission a.D. und Ehrenbürger Europas Hans-Gert Pöttering, Präsident des Europäischen Parlaments a.D. und Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung

Vor dem Endspiel

In Venezuela schwindet die Aussicht auf eine einvernehmliche Lösung der Krise / Von Matthias Rüb

SÃO PAULO, 17. Februar In Venezuela steuern die konservative Opposition im Parlament und die sozialistische Regierung unter Präsident Nicolás Maduro weiter auf eine Frontalkollision zu. Am Dienstagabend verabschiedete das Parlament mit den Stimmen des Oppositionsbündnisses „Tisch der Demokratischen Einheit“ (MUD) ein Amnestiegesetz, wonach die derzeit 75 politischen Gefangenen bald freikommen sollen. Zu ihnen gehört auch Oppositionsführer Leopoldo López, der am 18. Februar 2014 verhaftet und im September 2015 wegen Aufwiegelung zum gewaltsamen Umsturz zu fast 14 Jahren Gefängnis verurteilt worden war. Die Amnestie soll zudem für die knapp 4700 Oppositionellen gelten, die seit der Machtübernahme von Revolutionsführer Hugo Chávez von 1999 aus politischen Gründen von der Justiz verfolgt oder ins Exil gezwungen wurden. Das Gesetz werde die „Ära der Verfolgung und der Inhaftierung von Andersdenkenden“ beenden, sagte die Vorsitzende des Innenausschusses Delsa Solórzano bei der Vorstellung des Gesetzentwurfs. Die Opposition verfügt seit den Parlamentswahlen vom 6. Dezember über die Zweidrittelmehrheit der Mandate. Präsident Maduro bekräftigte noch am Abend, er werde sein Veto gegen die Amnestie einlegen. Denn in Venezuela gebe es keine politischen Gefangenen, nur verurteilte Mörder, Terroristen und Putschisten, Die Opposition strebt an, mit verfassungsgemäßen Mitteln binnen sechs Monaten die Absetzung Maduros zu erreichen. Dessen Amtszeit endet regulär erst 2019. Für eine weitere Zuspitzung hatte das Oberste Gericht am 11. Februar gesorgt. Die Richter entschieden, dass die Verhängung des „Wirtschaftsnotstands“ durch Maduro vom 14. Januar rechts gewesen sei und der Präsident für zunächst 60 Tage ohne Zustimmung des Parlaments Maßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaft dekretieren könne. Das neue Parlament hatte Maduros Dekret am 22. Januar zurückgewiesen. Ende 2015 hatte das alte Parlament, in dem noch die Sozialisten über die Mehrheit verfügten, gegen den Willen der bereits gewählten neuen Abgeordneten 13 Richter für das Oberste Gericht bestimmt. Dessen insgesamt 32 Richter, die für eine Amtsperiode von zwölf Jahren ernannt werden, sind fast alle treue Verbündete der sozialistischen Nomenklatura. Die Exekutive unter Maduro und das höchste Organ der Jurisdikti-

on ignorieren den Umstand, dass auch die neue Legislative mit ihrer Oppositionsmehrheit den Volkswillen vertritt. Mit welchen Maßnahmen Maduro die Wirtschaftskrise beheben will, zeichnet sich nun ab: Er verleiht dem Militär noch mehr Macht, um sich dessen Loyalität im Armdrücken mit dem Parlament zu sichern. Maduro ordnete jüngst die Gründung des Öl- und Gasunternehmens Camimpeg an. Das Unternehmen untersteht dem Verteidigungsministerium und soll in der Ölförderung, bei der Erschließung von neuen Ölfeldern, beim Unterhalt von Förderanlagen und im Transport von Öl, Gas und Chemieprodukten tätig werden. In Caracas vermutet man, dass Camimpeg so etwas wie ein Auffangbecken für liquide Finanzmittel des staatlichen Ölkriegen PDVSA sein soll, falls das Staatsunternehmen seine hohen Verbindlichkeiten nicht mehr bedienen kann. Venezuela bezieht 96 Prozent seiner Deviseneinnahmen aus dem Ölexport. Weil die Erlöse aus der Ölausfuhr stark rückläufig sind, stehen immer weniger Devisen für die Einfuhr von Lebensmitteln, Dingen des täglichen Bedarfs und Medikamenten zur Verfügung. Fast jeder Einkauf ist für die Venezolaner mit stunden-

langer Wartezeit verbunden. Maduro empfiehl dem Volk derweil, zur Sicherung der Grundversorgung Hühner zu halten und Gemüsegärten anzulegen. Die Inflation könnte dieses Jahr nach Schätzungen des IWF 720 Prozent erreichen. Die Wirtschaftsleistung dürfte um weitere acht Prozent zurückgehen, 2015 war sie um zehn Prozent eingebrochen. Wegen Stromsperren müssen Einkaufszentren vier Stunden pro Tag ihre Stromversorgung selbst sichern. Die Landeswährung Bolivar verliert rapide an Wert und hat die Marke von tausend Bolivar zum Dollar überschritten. Die Regierung lässt die im Ausland gedruckten Hundert-Bolivar-Banknoten mit Dutzenden Jumbo-Frachtflugzeugen ins Land bringen. Im Januar hatte Maduro im Rahmen seiner Kabinettsreform den linksorthodoxen Soziologen Luis Salas zum Wirtschaftsminister berufen. Salas äußerte die Überzeugung, „dass es im wirklichen Leben gar keine Inflation gibt“, die Preissteigerungen seien nur Machinationen von „Wucherern und Spekulanten“. Nach kaum sechs Wochen Amtszeit musste der 39 Jahre alte Retter der venezolanischen Wirtschaft seinen Posten am Montag aufgeben. Aus familiären Gründen, wie es heißt.

Deutsche Asset Management

FONDSMANAGER DES JAHRES 2016

euro

BÖRSE

Anleger können nur dann von den besten Fonds profitieren, wenn ihre Fondsgesellschaft in die besten Fondsmanager investiert.

SOLL IHR FONDSMANAGER NUR TITEL HALTEN ODER AUCH GEWINNEN?

Henning Gebhardt ist kurz-, mittel- und langfristig der erfolgreichste Fondsmanager für deutsche Aktien.¹ Wir schätzen uns glücklich, dass mit ihm zum zweiten Mal in Folge der Fondsmanager des Jahres aus dem Team der DWS kommt. Und wir sind uns sicher, dass er als unser globaler Aktienchef mit seiner exzellenten Expertise auch unseren Anlegern weiter Freude machen wird.

GELDDANLAGE NEU DENKEN

www.DWS.de/neudenken

GELD GEHÖRT ZUR NR. 1

DWS INVESTMENTS

*Die DWS/DB AWM Gruppe ist nach verwaltetem Fondsvermögen der größte deutsche Anbieter von Wertpapier-Publikumsfonds. Quelle: BVI. Stand: Ende November 2015.

¹ Quelle: Euro 02/16.